



Sabine Zimmermann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied des Ausschusses Wirtschaft und Technologie
Mittelstandspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Sabine Zimmermann, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Thomas Jurk
Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit und
Stellvertretender Ministerpräsident des
Freistaates Sachsen
Postfach 10 03 29
01073 Dresden

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Raum 3.844

☎ (030) 227 – 74230

📠 (030) 227 – 76227

✉ Sabine.Zimmermann@bundestag.de
www.sabine-zimmermann.info

Wahlkreis

Leipziger Str. 14
08056 Zwickau

☎ (0375) 2899603

📠 (0375) 2899604

✉ Sabine.zimmermann@wk.bundestag.de

Berlin, 12. März 2009

Regionalfonds gegen die Krise

Sehr geehrter Herr Jurk,

ich schreibe Ihnen heute in tiefer Sorge, dass die Wirtschaft- und Finanzkrise uns alle noch härter treffen wird, als dies bislang in den gängigen Szenarien prognostiziert wird bzw. schon der Fall ist. Mittlerweile muss davon ausgegangen werden, dass die Talsohle des Abschwungs erst im kommenden Jahr erreicht wird.

Auch vor Sachsen macht die Krise nicht halt. Im Gegenteil: Wegen der starken Exportausrichtung unserer Industrie ist das Land besonders betroffen. Im verarbeitenden Gewerbe lag der Auftragseingang im Januar 2009 gegenüber dem Vorjahr bei -18,9 Prozent, im Fahrzeugbau sogar bei -24,2%. Seit November letzten Jahres haben in Sachsen mehr als 55.000 Menschen ihren Arbeitsplatz verloren. Das ist ein Anstieg der Arbeitslosigkeit innerhalb von nur vier Monaten um mehr als ein Viertel. Abgedeckt wird dies derzeit noch durch die Kurzarbeit. Allein im Januar und Februar dieses Jahres wurde diese für 60.000 Beschäftigte angemeldet. In den beiden Vorjahresmonaten betrafen die Anzeigen lediglich 2.500 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sachsen ist im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern überproportional stark von Kurzarbeit betroffen

Von der Bundesregierung und auch der Landesregierung wurde mit Maßnahmenpaketen reagiert. Es liegt mir fern, deren Sinnhaftigkeit und Wirkungsgrad anzuzweifeln, bin aber davon überzeugt, dass noch einmal nachgelegt bzw. die Instrumente nachjustiert werden müssen, wenn wirklich etwas für die Unternehmen und die vielen Beschäftigten erreicht werden soll.

Im Oktober 2008 wurden 480 Mrd. Euro als Sicherheit für das Bankensystem beschlossen. Das heißt jeder Einwohner bürgt mit ca. 6000,- € für die Rettung des Finanzsystems. Das Ziel und die Begründung waren, die Krise von der Realwirtschaft abzuwenden.

Nun schlägt die Krise aber mit steigender Intensität immer heftiger zu und bricht wie ein Tsunami über das Land herein. In den nächsten Monaten wird das Eigenkapital vieler Betriebe zunehmend aufgezehrt werden, mit der Folge, dass es insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen noch schwieriger wird, Liquidität zu gewährleisten und neue Kredite in Anspruch zu nehmen.



Sabine Zimmermann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied des Ausschusses Wirtschaft und Technologie

Gleichzeitig wird die finanzielle Belastung für die von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf längere Sicht aufgrund des Arbeitsausfalls und den damit einhergehenden teils massiven Lohneinbußen zu einem gewaltigen Problem; es drohen Privatinsolvenzen. Bei den mittelständischen Betrieben muss zunehmend mit Notverkäufen und Insolvenzen gerechnet werden.

Die Betriebe bei uns sind unter großen Anstrengungen aufgebaut worden und haben hervorragende Belegschaften mit modernen Produkten und weltweit anerkanntem Service. In Sachsen gibt es wichtige industrielle Kerne im Maschinen- und Fahrzeugbau. Diese müssen wir erhalten und für die junge Generation sichern.

Deshalb möchte ich vorschlagen, dass die Landesregierung Gespräche mit Unternehmen, Kreditinstituten, Wirtschaftsförderern und Gewerkschaften initiiert und ein neues, regional ausgerichtetes, Konzept zur Bewältigung der Krise diskutiert und ausgestaltet. Dieser Vorschlag wurde ursprünglich in Baden-Württemberg von der IG Metall Esslingen, Erster Bevollmächtigter Sieghard Bender, erdacht und mit mir gemeinsam modifiziert:

Auf Ebene der Landkreise könnte ein sogenannter „Regionalfonds Sachsen“ eingerichtet werden. Die Anschubfinanzierung für diesen Fonds kommt aus dem Rettungsschirm für die Banken. Zugrunde wird ein Sechstel gelegt - also 1.000 Euro pro Einwohner, die für regionale Strukturpolitik zu verwenden sind. Bei einer Bevölkerungszahl von 4,2 Millionen im Bundesland Sachsen wäre der „Regionalfonds Sachsen“ mit 4,2 Milliarden Euro ausgestattet. Verwaltet wird das Geld auf Landkreisebene. In meinem Wahlkreis Zwickau beispielsweise würden so 350 Millionen Euro zur Rettung von Betrieben und Belegschaften zur Verfügung stehen. Zur Entscheidung über den Einsatz der Mittel wird ein regionaler Wirtschafts- und Sozialrat gebildet, der sich ähnlich wie die Selbstverwaltung bei den Agenturen für Arbeit zusammen setzen könnte, das heißt drittelparitätisch aus Vertretern der öffentlichen Hand, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Mit einbezogen werden müssten selbstverständlich in erster Linie regional ausgerichtete Banken wie die Sparkassen oder Genossenschaftsbanken, ebenso natürlich auch die Wirtschaftsförderung. Insbesondere sollte auch die Verbindung zwischen der Sachsen Bank und der Landesbank Baden-Württemberg genutzt werden.

Der Vorteil eines solchen Vorschlages liegt, gegenüber der bisherigen Herangehensweise, darin, dass regionale Kompetenz und Betroffenheit einbezogen wird, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger sehen, dass konkret etwas passiert und Hilfe auch wirklich vor Ort ankommt. Bisher wird dagegen die Entscheidung über Milliardenhilfen von weniger als einem Dutzend Spitzenbeamten zentral in Berlin getroffen.

Selbst wenn oben genannter Vorschlag des Regionalfonds schnell umgesetzt würde, gäbe es Entlassungen. Deshalb sollte ein Teil des Fonds, ca. 10 %, aufgewendet werden für eine regionale Co-Finanzierung von Marktersatzmaßnahmen (Zweiter Arbeitsmarkt). Auch auf die Erfahrungen mit Transfergesellschaften sollte zurückgegriffen werden.

In Erwartung einer baldigen Antwort und einer zielführenden Diskussion verbleibe ich mit freundlichen Grüßen